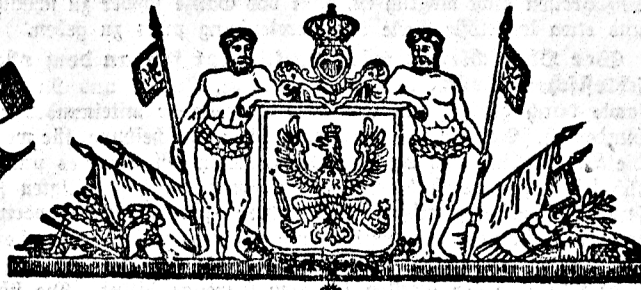


Wirtschaftliche



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 3 Mark und 66²/₃ % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur Georg Bernhard, Vorantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11853. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postcheckkonto Berlin 690.

England vor dem Verkehrsstreik.

Drahtmeldung der „Wirtschaftlichen Zeitung“.

17 London, 7. April.

Die Besprechung, die heute zwischen Lloyd George und den Vertretern der Grubenarbeiter stattfand, ist völlig ergebnislos verlaufen. Diese Besprechung dauerte etwa 1 1/2 Stunden. Als Vorbedingung aller Verhandlungen und jeder Vermittlungsaktion verlangte Lloyd George, entsprechend seiner schon mitgeteilten Ankündigung im Unterhaus, daß die Sicherheitsmannschaften sofort wieder an die Pumpen gehen sollten, um die Bergwerke vor dem Erlaufen zu behüten. Hierauf erwiderten die Arbeitervertreter, daß sie auf diese Forderung unmöglich eingehen könnten, da sie damit ihre wirksamste Waffe gegen über den Grubenbesitzern aus der Hand geben würden.

Nach einer Neutermelung erwarten sowohl die Eisenbahner als auch die Transportarbeiter die Streikparolen für morgen.

Von Seiten der Regierung waren außer Lloyd George erschienen: Chamberlain, Sir Robert Horne und der Arbeitsminister Dr. Mc. Namara. Lloyd George betonte, daß der Schluß der Gruben vor dem Untergang die Vorbedingung für jede Diskussion sei. Er sagte, daß alle den Frieden wollten. Darum könne eine Resolution, die für den Fall eines Lohnkampfes gefaßt wurde, nämlich die Gruben überschwemmen zu lassen, nicht durchgeführt werden, wenn Verhandlungen geführt werden. Es sei das erstemal, daß bei einem Streik die Pumpenmannschaft Befehl erhalten hätte, ihre Pumpen zu verlassen. Er frage daher im Namen der Regierung und des ganzen Volkes, ob der Befehl an die Sicherheitsmannschaft rückgängig gemacht werden könne.

Darauf erwiderte der Führer der Bergarbeiterdelegation, Herbert Smith, daß der Premierminister nicht vergessen dürfe, daß die Grubenbesitzer zum 31. März allen Angestellten, auch den Sicherheitsmannschaften gekündigt hätten. Sodann warf er der Regierung vor, daß sie die Grubenarbeiter im November dazu verleitet habe, das damalige Abkommen anzunehmen, und daß sie die Grubenbesitzer in ihrem Vorgehen gegenüber den Arbeitern bestärkt habe.

Lloyd George betonte nochmals, daß das Interesse der Öffentlichkeit und des ganzen Volkes auf dem Spiele stehe, denn die Bergwerke seien der wertvollste Besitz des ganzen Landes. Es handle sich gar nicht um die Frage, ob Arbeiter oder Arbeitgeber im Rechte seien, sondern um das Interesse der Allgemeinheit. Wenn die alten Wöhne aufrechterhalten werden sollten, so würde der Schatzkanzler auf Kosten des ganzen Landes einen Aufschuß von über 1 Million Pfund Sterling pro Woche zu leisten haben. Der Arbeiterführer Hobbes warf der Regierung vor, daß sie am 30. März, dem Tage vor dem Beginn des Kampfes, nicht das Interesse des Volkes gewahrt habe. Damals habe sie nicht vermitteln wollen.

Heute abend teilte Lloyd George das ungünstige Ergebnis der Verhandlungen mit den Bergarbeitern im Unterhause mit. Er kommentierte die Besprechung dahin, daß die Arbeiter entschlossen seien, die Kohlenarbeiten nicht eher wieder aufzunehmen, bevor man ihnen nicht ihre Lohnforderungen und die Verstaatlichung der Bergwerke zugesprochen habe. Unter diesen Umständen werde die Regierung alle Mittel ergreifen, um mit Unterstützung der breitesten Öffentlichkeit der neuen Lage Herr zu werden.

Heute werden wieder neue terroristische Akte gemeldet. In einem Falle in Schottland wurden Bomben geworfen, um die Freiwilligen von den Pumpen zu verschrecken. In Swansea marschierte ein Zug von etwa 1000 Bergleuten mit wehender roter Fahne zu den Bergwerken und entfernte ebenfalls die Sicherheitsmannschaften.

Bevorstehende Zollerhebung am Rhein

17 Paris, 7. April.

Einer von heute datierten Mainzer Meldung der Havas-Agentur zufolge wird die Zollerhebung am Rhein voraussichtlich binnen 48 Stunden durchgeführt werden.

Aus den Kommentaren der französischen Presse zu Briand's Rede, die, von den zweifelnden Äußerungen einiger extrem nationalistischer Organe und von den linkssozialistischen Blättern abgesehen, die Haltung der Regierung vorbehaltlos billigen, verdient der heutige Leitartikel Painlevés in der „Liberté“ hervorgehoben zu werden. In dem Artikel wird ausgeführt, neue Sanktionen seien einstweilen nicht vorgesehen, das Publikum dürfe nicht glauben, daß etwa Anfang Mai solche Sanktionen

automatisch in Kraft treten werden. Die Verbündeten würden deshalb gut tun, wenn sie sich möglichst schnell über die etwa erforderlichen Sanktionen verständigten. Der rechtssozialistische Abgeordnete Aubriot erklärt im Leitartikel der Zeitung „Bon Soir“, man werde schwerlich vermeiden können, daß die neuen Sanktionen zum größten Teil militärischer Art sein werden. Er zählt dann einige Maßnahmen auf, die als neue Sanktionen in Frage kommen könnten, nämlich: Besetzung von Essen, Frankfurt, Baden, Erhebung der Steuern durch die Verbündeten, Beschlagnahme der Einkünfte der Gruben und der großen Industriewerke.

Prag, 7. April (L. U.)

Wie die der tschechischen Regierung nahestehende Tageszeitung „Prager Presse“ aus unterrichteten französischen Kreisen erfährt,

stellt die Rede Briand's eine ernste Warnung an Deutschland dar. In eingeweihten Kreisen spreche man von einer neuen Blockade, doch seien auch andere Maßregeln aller Art in Vorschlag gebracht. „Wenn wir gut unterrichtet sind“, so schreibt das Blatt weiter, „sind die Dinge bereits so zugespitzt, daß Deutschland an besten täte, sofort neue Verhandlungen mit der Entente zu eröffnen und solche Vorschläge zu machen, die eine annehmbare Grundlage für Verhandlungen sind. Die internationale Lage kann auch in Deutschland nicht anders beurteilt werden, als daß es im Falle der Verwirklichung der erst vorbereiteten neuen Sanktionen zu schweren wirtschaftlichen Krisen in Deutschland kommen muß, die Deutschland früher oder später zum Nachgeben zwingen würden. Es ist daher politisch richtiger, schon vor den neuen Zwangsmassnahmen nachzugeben, um schwere Schäden vom eigenen Volk abzuwenden.“

Die deutsche Oberschlesien-Note.

Antrag auf ungeteilte Zuweisung an Deutschland. — Garantien für Polen.

Die deutsche Regierung hat der interalliierten Kommission in Opatowitz sowie den Kabinetten in Paris, Rom und London eine Note überreicht, die in folgenden Anträgen gipfelt:

Die Deutsche Regierung beehrt sich — unter Aebereicherung einer Denkschrift über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oberschlesien und Deutschland sowie eines Gutachtens über die wirtschaftliche Einheit Oberschlesiens — den Antrag zu stellen, das gesamte ober-schlesische Abstammungsgebiet ungeteilt dem Deutschen Reich zuzusprechen. Die Deutsche Regierung stellt diesen Antrag in der festen Aeberezeugung, daß Oberschlesien ebensowenig ohne Deutschland leben kann, wie Deutschland ohne Oberschlesien nicht in der Lage sein würde, sich wirtschaftlich zu erholen und seine Leistungsfähigkeit wiederzugewinnen. Jede andere Lösung würde auch dem Friedensvertrage zuwiderlaufen, der im Gegensatz zu den Vorschriften über die Abstammung in Schleswig eine Teilungsmöglichkeit nicht vorseht.

Die Zuteilung des gesamten ober-schlesischen Gebiets an Deutschland wird eine starke polnische Minderheit in diesem Teile des Reiches belassen. Die deutsche Regierung ist bereit, der polnischen Regierung alle Garantien zu bieten, die zum Schutz der Minderheit für erforderlich erachtet werden. Sie glaubt bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen zu sollen, daß bei der Schaffung des polnischen Staates eine weit größere Minderheit von über 900 000 Deutschen von Deutschland losgerissen wurde.

Die deutsche Regierung würde sich ferner verpflichten, Polen unter vorzugsweisen Bedingungen die für seine Wirtschaft erforderliche Kohle und sonstigen Erzeugnisse aus Oberschlesien zu liefern, so lange das überaus reiche polnische Kohlengebiet noch nicht erschlossen ist. Ausweislich der gleichzeitig überreichten Karte, die auf Gutachten polnischer und österreichischer Geologen beruht, ist dieses polnische Kohlengebiet um mehr als die Hälfte größer als der Anteil, den Oberschlesien am Steinkohlenbecken besitzt, und enthält alle für die Industrie erforderlichen Kohlenarten. Die deutsche Regierung würde auch gern bereit sein, weitgehende Hilfe bei der Erschließung dieser im polnischen Gebiet liegenden Bodenschätze zu leisten.

Die Begründung.

Zu den Anträgen wird in der Note folgende Begründung gegeben:

„Der Friedensvertrag von Versailles hat bestimmt, daß die ober-schlesische Bevölkerung durch Abstammung darüber entscheiden soll, ob sie mit Deutschland oder mit Polen vereinigt zu werden wünscht. Die am 20. März vorgenommene Abstammung hat nach den bisher vorliegenden Ergebnissen 717 122 Stimmen für Deutschland und 483 514 Stimmen für Polen ergeben. 664 Gemeinden wiesen eine deutsche, 597 Gemeinden eine polnische Mehrheit auf. Das ober-schlesische Land hat sich demnach mit fast zwei Drittel seiner Einwohner und mit der überwiegenden Mehrheit seiner Gemeinden dafür entschieden, bei dem Deutschen Reich zu verbleiben, mit dem es seit über 700

Jahren vereint gewesen ist, und dem es seine Kultur, sowie seinen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg verdankt.

Die Abstammung hat ergeben, daß das gesamte, der Volksbefragung unterworfenen Gebiet mit deutsch und polnisch gemischten Elementen durchsetzt ist. Die deutschen Stimmen überwiegen in den Sammelpunkten der Intelligenz, in den Landfröhen mit fortgeschrittener landwirtschaftlicher Kultur, sowie in den Ortschaften der hochentwickelten Industriegebiete. Wenn auch die gemeindefürliche Abstammung lediglich als Wahlmodus angesehen werden darf, so sei doch in diesem Zusammenhange darauf hingewiesen, daß sich unter den 664 Gemeinden mit deutscher Mehrheit sämtliche Städte des Abstammungsgebietes und fast alle größeren Ortschaften befinden, während die 597 Gemeinden mit polnischer Mehrheit nur geringere Einwohnerzahlen aufweisen und wirtschaftlich von untergeordneter Bedeutung sind. Wie wenig die Sprachfrage bei der Abstammung zum Ausdruck gekommen ist, erhellt aus der Tatsache, daß Dörfer, in denen lediglich der ober-schlesisch-polnische Dialekt gesprochen wird, häufig deutsche Majoritäten, fast überall aber starke deutsche Minoritäten aufweisen, und daß überhaupt nur ungefähr 40 Prozent der Bevölkerung polnisch gestimmt haben, während 60 Prozent den ober-schlesisch-polnischen Dialekt als Muttersprache sprechen.

Das Ergebnis der Abstammung ist um so bemerkenswerter, wenn man sich vergegenwärtigt, unter welchen Umständen und Bedingungen die Wahlhandlung stattgefunden hat. Zunächst muß hierbei erneut darauf hingewiesen werden, daß nach Artikel 1 Ziffer b des Wahlreglements vom 30. Dezember 1920 alle erst seit 1904 in Oberschlesien angefahrenen Personen ihres Stimmrechts beraubt worden sind. Auf diese Weise ist ein großer Teil derjenigen Kräfte, die an dem Aufschwung der ober-schlesischen Industrie in hervorragendem Maße mitgewirkt haben, von der Entscheidung über ihr Land ausgeschlossen worden. Auch sei erwähnt, daß zum Beispiel allein im Kreise Gleiwitz in 34 Gutsbezirken mit über 100 Einwohnern entgegen dem Wahlreglement keine besondere Urnen aufgestellt worden sind.

Es muß ferner beachtet werden, mit welchen Mitteln die polnische Propaganda auf die Bevölkerung eingewirkt hat. Durch ein an sich völlig wertloses, aber in höchst blödsinniger Form geleitetes Verprechen der Zuteilung bestimmter Aebereparzellen aus der zukünftigen Masse des aufzunehmenden Großgrund- und Staatsbesitzes wurden die leichtgläubigen Landbewohner zur Stimmabgabe für Polen bewogen. Der betrügerische Charakter dieser auf Stimmengang berechneten Aktion beweist die Tatsache, daß bei vielen Gütern das drei- und vierfache des vorhandenen Urals versprochen wurde. Trotz ausdrücklichen Verbotes seitens der Interalliierten Kommission ist dieser Stimmenkauf bis zum Abstammungstage betrieben worden und hat naturgemäß starke Wirkung — besonders in den Kreisen Groß-Strehlitz, Opatowitz und Karnowitz — erzielt.

Ganz besonders aber ist bei der Bewertung des Abstammungsergebnisses die nach einem klar erkennbaren Plane durchgeführte terroristische Wahlbeeinflussung in Rechnung zu stellen, die allen deutschen Stimmberechtigten gegenüber von polnischer Seite ausgeübt worden ist. Seit dem Augustaufstand 1920 hat die Verfolgung deutschgestimmter Personen in den Kreisen Pleß, Abnitz, Rattowitz und Karnowitz nicht aufgehört. Der von den Polen verübte Terror steigerte sich, je näher die Abstammung heranrückte. Ein offenes Bekenntnis zum Deutschen Reich, geschweige denn ein Verben für die deutsche Sache, war in diesen Gebieten fast unmöglich. Wer trotzdem aus seiner deutschen Gesinnung kein Hehl machte, war Mißhandlungen und Schädigungen ausgesetzt und mußte seinen Mut nicht selten mit dem Leben bezahlen. Selbst die unter besonderem Schutz der Interalliierten Kommission stehenden Mitglieder der Paritätischen Ausschüsse blieben vor Verfolgungen nicht bewahrt. Einige